

## **Inhaltsprotokoll\***

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten**

2. Sitzung  
16. Januar 2012

Beginn: 14.10 Uhr  
Schluss: 16.28 Uhr  
Vorsitz: Frank Jahnke (SPD)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

1. Information zum Gedenkort für die Opfer der NS-„Euthanasie“-Morde und die Einbindung von Betroffenen und Verbänden bei dem vom Land Berlin auszuschreibenden Ideenwettbewerb des Areals Tiergartenstraße 4.  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) antwortet auf die Frage des Abgeordneten **Wolfgang Brauer** (LINKE), dass bereits künstlerisch mit einer Bodenplatte und der ungewidmeten Serra-Skulptur an den historischen Ort Tiergartenstraße 4 erinnert werde. Ein Runder Tisch, der sich seit vier Jahren mit dem Thema befasse, sei zu Recht mit der jetzigen Gestaltung unzufrieden gewesen. An diesem Runden Tisch hätten sich 40 Vertreter von Verbänden, Opfergruppen, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Stiftung Topographie des Terrors beteiligt. Der Runde Tisch habe unter Leitung von Prof. Nachama getagt, und auch er – Redner – habe sich daran beteiligt, weil er dieses Projekt für sehr unterstützenswert halte.

Nach diesen Vorarbeiten sei man nun ein erhebliches Stück vorangekommen. Das Land Berlin habe sich frühzeitig dafür ausgesprochen, auch hier die bereits bei anderen Gedenkortenerprobte Aufgabenteilung zwischen Bund und Land zu übernehmen. Dementsprechend habe man sich darauf geeinigt, dass das Land den Grund und Boden zur Verfügung stelle und die Kosten für das Auslobungsverfahren übernehme, während die Errichtungskosten der Bund trage.

\* Die in der gedruckten Fassung des Protokolls schwarz-weiß sichtbaren Abbildungen sind in der PDF-Datei in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses in den Originalfarben dargestellt.

Hierzu sei Ende letzten Jahres die entsprechende Entscheidung seitens des Deutschen Bundestages gefallen, sodass nun die Kulturverwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung eines Bewerberverfahrens beauftragt sei. Die Arbeiten hierzu seien angelaufen, und spätestens im 3. Quartal 2012 werde es zur Durchführung eines eingeladenen Wettbewerbs kommen. Im 3. Quartal 2012 werde dann hoffentlich auch noch das Preisgericht tagen und zu einer guten und einvernehmlichen Lösung kommen, sodass ab dem 4. Quartal die künstlerische Neugestaltung dieses Raums erfolgen könne, die aber wahrscheinlich erst im Jahr 2013 stattfinde.

Der Runde Tisch habe gemeinsam mit dem Bund die Summe von 500 000 Euro als reine Baukosten festgelegt. Die Wettbewerbsdurchführung werde von der Kulturverwaltung finanziert – aus dem entsprechenden Haushaltstitel. Es werde kein zusätzliches Gebäude oder Museum errichtet, sondern bei dem künstlerisch gestalteten Ort solle ein großer Schwerpunkt auf historischer Information liegen. An einer Textformulierung werde noch in enger Abstimmung mit dem Runden Tisch und den Opferverbänden gearbeitet. – Wenn die Wettbewerbsformulierung abgestimmt sei, werde er sie dem Ausschuss gern zur Verfügung stellen.

**Wolfgang Brauer** (LINKE) fragt, welcher Betrag für die Wettbewerbskosten eingeplant sei. Warum sei die Form eines eingeladenen Wettbewerbs und nicht ein offener Wettbewerb gewählt worden?

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) erklärt, die Wettbewerbskosten lägen nach seiner Erinnerung immerhin bei einer fünfstelligen Summe. Die Information über den genauen Betrag werde er schriftlich nachreichen. – Nach seiner Erinnerung hätten sich alle Beteiligten auch am Runden Tisch auf einen eingeladenen Wettbewerb verständigt, um das Verfahren zügiger durchführen zu können und schneller zu einem Ergebnis zu kommen.

2. Information zum Stand der Juryentscheidungen zu aktuell vorliegenden Förderanträgen und zum Stand der Ausschreibungen für den Projektfonds Kulturelle Bildung.  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) antwortet auf die Frage der Abgeordneten **Sabine Bangert** (GRÜNE), dass er auch anlässlich der eingereichten Frage zu dieser Aktuellen Viertelstunde dieser Sache nachgegangen sei und am heutigen Morgen mit SenFin eine Einigung habe herbeiführen können, wonach dieser Projektfonds der Interpretation seitens der Kulturverwaltung unterliege. Es handle sich um ein Regelwerk und damit um eine ständige Aufgabe. Insofern laufe alles planmäßig. Bis zum Dezember seien 168 Anträge eingegangen, und die Jury könne noch im Januar entscheiden und die Mittel verausgaben.

3. Wie ist der Sachstand zur Infobox für das Museum des Kalten Krieges?  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) antwortet auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (CDU), dass der ehemalige Checkpoint Charlie auch international als wichtiger historischer Ort wahrgenommen werde und beispielsweise im Spionagemuseum in Washington nachgebaut worden sei. Die Berliner Ausstellung am Checkpoint Charlie gehöre zu den erfolgreichsten Open-air-Ausstellungen zur Zeitgeschichte; die geschätzte Besucherzahl seit Errichtung der dortigen Photowand liege bei 3 Millionen. Leider unterliege dieser Ort auch einer starken Kommerzialisierung. Da dort weitere historische In-

formationen sicherlich hilfreich seien, habe man dort eine Infobox errichtet, die Mitte des Jahres – nach Freigabe der nötigen Mittel aus dem Haushalt – auch inhaltlich bestückt werde.

Die Infobox werde auf ca. 250 qm Fläche über den internationalen Zusammenhang der deutschen bzw. der Berliner Teilung informieren – unter Verwendung von entsprechenden Photos und Medien. Die Infobox selbst habe 120 000 Euro gekostet und sei aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR bezahlt worden. Das Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V. werde die Infobox betreiben, und Dr. Jürgen Reiche, der bereits erfolgreich die Ausstellung im Tränenpalast gestaltet habe, werde auch diese vorübergehende Ausstellung, die wahrscheinlich ein bis zwei Jahre gezeigt werde, kuratieren.

Es handele sich um keine Vorwegnahme dessen, was später im Museum des Kalten Krieges auf 3 000 qm Fläche gezeigt werden solle. Darüber werde er den Kulturausschuss zu gegebener Zeit noch ausführlich informieren. Die Planung für das Museum des Kalten Krieges fuße auf dem dezentralen Gedenkstättenkonzept des Senats, wonach an der Bernauer Straße über die Berliner Teilung und am Brandenburger Tor über die nationale Teilung informiert werde. Der internationale Kontext der Teilung solle dann am Checkpoint Charley in einem weiteren Museum gezeigt werden. Die Arbeiten dafür liefen, wobei durch die temporäre Ausstellung in der Infobox nichts präjudiziert werde.

**Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (CDU) hebt hervor, dass dieser Ort täglich Tausende Menschen anziehe, aber gegenwärtig auch eine bedauerliche Banalität aufweise. Wie lange werde die Infobox stehen bleiben?

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) erklärt, man sei hierbei in der Entscheidung nicht frei, sondern davon abhängig, wann der private Investor mit dem betreffenden Bauprojekt beginne. Mit diesem irischen Investor befinde man sich aber in guten Verhandlungen. Die Infobox solle so lange stehen bleiben, bis es dort zum Neubau und damit der Realisierung des Museums des Kalten Krieges – als Mieter auf einer Etage – komme. Zeitlich wolle er sich insofern ungern festlegen; gegenwärtig sei von einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren bis zum Beginn die Rede.

**Vorsitzender Frank Jahnke** stellt fest, dass keine weiteren aktuellen Fragen vorlägen und der Tagesordnungspunkt damit erledigt sei.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache 17/0010

**Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die  
Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-  
Hohenschönhausen“**

0001

Kult

Haupt

**Wolfgang Brauer** (LINKE) erklärt, die Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ sei die einzige Stiftung öffentlichen Rechts, in der die Anwendung des öffentlichen Tarifrechts durch das Errichtungsgesetz ausgeschlossen werde. In der Plenardebatte zu diesem Antrag sei fälschlich behauptet worden, dass sich auch im Errichtungsgesetz der Stiftung

„Berliner Mauer“ eine solche Passage finde. Dieses Errichtungsgesetz enthalte jedoch gar keine Regelung zu den tariflichen Vereinbarungen; nach seiner Erinnerung sei die Übernahme der Regelung aus dem Errichtungsgesetz der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ geprüft und dann bewusst nicht vorgenommen worden.

Der vor mehr als zehn Jahren im Land Berlin unternommene Versuch, Gesetzesregelungen mit viel Flexibilität und ohne den entsprechenden Hinderungsgrund von Tarifverträgen, Gewerkschaften, Personalvertretungen etc. vorzunehmen, habe sich nicht durchgesetzt. Aus dieser Zeit sei nur noch das Errichtungsgesetz der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ in der Form übriggeblieben, und insofern sei es an der Zeit, eine Änderung vorzunehmen.

Zum Vorwurf, seine Fraktion hätte eine solche Änderung längst vornehmen können: Man sei auf diese Situation im Frühjahr 2011 durch die Beschäftigten selbst aufmerksam gemacht worden, und zwar im Zusammenhang mit der Klärung des Anwendungstarifvertrags im Land Berlin. Vorher wäre dies auch gar nicht möglich gewesen. SenInn habe hierzu Regelungen getroffen, und nun könne man eine Änderung vornehmen. Im Frühjahr 2011 sei man in der damaligen Koalition nicht in der Lage gewesen, sich zu einigen.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) merkt an, dass dann, wenn der Anwendungstarifvertrag zur Geltung gekommen wäre, auch die damit einhergehenden Kürzungen vollzogen worden wären. – In Berlin seien nicht nur die Stiftungen, sondern auch viele andere Einrichtungen durch den Anwendungstarifvertrag in die Lohndrückerei getrieben worden. Viele Einrichtungen hätten Angebote nur aufrechterhalten können, weil sie die Löhne nach unten korrigiert hätten. Das sei mit der Linken in der Regierungsverantwortung geschehen, und nun müsse es in den anstehenden Haushaltsberatungen zu gewissen Ausgleichen kommen.

Das Land Berlin könne nicht mit dem Vergabegesetz einen Mindestlohn festschreiben, aber bei kulturellen und sozialen Einrichtungen, bei Stiftungen etc. prekäre Beschäftigung und Niedriglohnsegmente zulassen. Dieses Problem müsse man auch auf einer breiteren Grundlage angehen. Es wären ca. 250 Mio. Euro erforderlich, wenn man die bisher aufgelaufenen Kosten in Ansatz bringe.

Bei der Abstimmung über den Linken-Antrag – Drucksache 17/0010 – werde sie sich der Stimme enthalten. Sie halte die Festschreibung der Anwendung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst für nicht richtig, weil damit die Stiftungen zu sehr festgelegt würden. Sie teile aber das Anliegen der Beschäftigten. Man müsse zu vernünftigeren und sozialeren Lösungen kommen, und für die betroffenen Bereiche sei im Haushalt entsprechend Vorsorge zu treffen.

**Brigitte Lange** (SPD) merkt an, dass man die relativ große Summe von 250 Mio. Euro wohl nicht so ohne Weiteres bereitstellen könne. Dennoch müsse man darüber nachdenken. – Die Anwendung des öffentlichen Tarifrechts für die Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ sei im Jahr 2000 ausgeschlossen worden, um gerade für die Mitarbeiter der Gedenkstätten eine größere Flexibilität zu erreichen. Dieser Ausschluss habe sich für die Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Übrigen gelohnt, weil sie damit nicht unter die Absenkungen im öffentlichen Tarifrecht gefallen seien.

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen habe einen hohen Besucherzuwachs zu verzeichnen, was auch als Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzusehen sei. Um nun mehr Gerechtigkeit zu erreichen, müsse man zu einer Besserstellung kommen. Die Kulturverwaltung sollte hierzu auch Gespräche mit dem Bund aufnehmen, da die Gedenkstättenfinanzierung zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte vom Land übernommen werde. Wenn es zu einer Verbesserung in einer Einrichtung komme, müsse das in der Folge auch für die anderen wie z. B. die Stiftung „Berliner Mauer“ gelten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssten anständig bezahlt werden, allerdings liege die Gestaltung der Arbeitsverträge grundsätzlich in der Verantwortung des Leiters der Gedenkstätte. Vor diesem Hintergrund lehne sie den Linken-Antrag ab, doch werde man sich für eine anständige Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen.

**Stefan Schlede** (CDU) fragt, ob zur Anzahl prekärer Arbeitsverhältnisse in dieser Stiftung Näheres bekannt sei. Dies sei gegebenenfalls zu überprüfen, aber nach seinem Kenntnisstand treffe die geäußerte Kritik nicht zu. Mit einer Tariforientierung würde man die Flexibilität erheblich infrage stellen. Nach Darstellung des Senats wären damit allein in diesem Haushaltsjahr zusätzlich 120 000 Euro erforderlich, und vergleichbare Summen müsste man dann in der Folge auch für andere Einrichtungen bereitstellen. – Er lehne den Linken-Antrag ab.

**Christopher Lauer** (PIRATEN) erklärt, er stimme dem Linken-Antrag zu. Der Hinweis auf mögliche Folgekosten in anderen Einrichtungen sei berechtigt, aber der vorliegende Antrag betreffe konkret die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. – Das Argument der größeren Flexibilität sei im vorliegenden Fall nicht zutreffend, vielmehr biete die gegenwärtige Regelung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Aussicht auf ein besseres Gehalt und wirke insofern nicht besonders motivierend. Zu berücksichtigen seien auch die stark ansteigenden Besucherzahlen und die erweiterten Aufgaben, während die letzte Gehaltsanpassung im Jahr 2003 erfolgt sei. Im Übrigen erhielten neu eingestellte Mitarbeiter teilweise andere Arbeitsverträge als Mitarbeiter, die dort seit Jahren arbeiteten.

**Wolfgang Brauer** (LINKE) hebt hervor, dass die aktuelle Einkommenssituation für die 12 Stellen der festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stagniere bzw. sinke, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ in einem Schreiben vom 28. 3. 2011 an seine Fraktion, das wohl auch den anderen Fraktionen zugegangen sei, mitgeteilt hätten. Insofern könne von einer Verbesserung nicht die Rede sein, und ebenso merkwürdig sei, dass die SPD-Fraktion nun gegen Tarifverträge sei.

Richtig sei, dass man die Situation genauer betrachten und zwischen Honorarkräften, die an dieser Gedenkstätte und anderen musealen Landeseinrichtungen bzw. vom Land mitgetragenen Einrichtungen beschäftigt seien, und deren festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterscheiden müsse. – Zur Gegenfinanzierung der geforderten Einkommensverbesserung in diesem konkreten Fall könne man einen Teil der Summen verwenden, die für das noch nicht gegründete Skulpturenmuseum der Bernhard-Heiliger-Stiftung vorgesehen seien. Der Landeshaushalt erlaube es leider nicht, mit einem großen Griff insgesamt einigermaßen vernünftige Einkommensstrukturen in diesem Bereich zu schaffen. Im vorliegenden Fall sei die Anforderung überschaubar, und man habe eine unmittelbare Eingriffsmöglichkeit über die Änderung des Errichtungsgesetzes.

**Vorsitzender Frank Jahnke** erinnert daran, dass den Fraktionen ein Schreiben der Kulturverwaltung zu dem vorliegenden Antrag zugegangen sei.

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) erklärt, dass er die Position des Abgeordneten Brauer inhaltlich verständlich finde, sich aber wundere, dass ein Vertreter der Fraktion, die über zehn Jahre hin die Kulturpolitik wesentlich mitgetragen habe, dies nun so vehement vortrage. Nach seinen Informationen habe der damalige Senator Dr. Flierl dieses Errichtungsgesetz in das Parlament eingebracht, und der ausdrückliche Hinweis, dass das Tarifrecht keine Anwendung finde, sei vom damaligen Parlament gewünscht worden. – [Wolfgang Brauer (LINKE): Nein, das war die CDU! Das war Herr Stölzl!] – Gegebenenfalls müsse man das genauer recherchieren.

Das Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ sei verständlich, und wenn mehr Mittel zur Verfügung ständen, würde er diese gern dafür bereitstellen. Würde man dem Linken-Antrag folgen, käme es bei dieser Einrichtung zu einem Mehrbedarf von jährlich 120 000 Euro. Möglicherweise würden in den anstehenden Haushaltsberatungen seriöse Vorschläge zu diesem Finanzbedarf unterbreitet und auch beachtet. Der Ausschluss des Tarifrechts betreffe allerdings nicht nur die Bezahlung, sondern auch Regelungen zu Überstunden, automatischen Aufstiegen, Einsetzbarkeit der Mitarbeiter etc. Seinerzeit habe man damit eine größere Flexibilität ermöglichen wollen, und diese Einrichtung habe in den letzten zehn Jahren eine sehr erfolgreiche Arbeit geleistet.

Bund und Land würden bis 2013 noch einmal 16,2 Mio. Euro investieren, um diese Gedenkstätte baulich so zu ertüchtigen, dass sie dem großen Besucheransturm gerecht werden und eine Dauerausstellung zeigen könne. Für einen weiteren Bauabschnitt werde man noch einmal 8 Mio. Euro in den Haushalt einstellen, um das ehemalige Haftkrankenhaus auszubauen. Man verhandele mit dem Bund, dass er sich auch hieran hälftig beteilige. HG Merz habe mit einem sehr guten Entwurf den betreffenden Wettbewerb gewonnen, und den setze man um.

Zum Beitrag der Abgeordneten Bangert: Die festangestellten Mitarbeiter erhielten keine Niedriglöhne; selbstverständlich würden sie jeweils nach dem Tarifrecht zum Zeitpunkt der Einstellung anständig entlohnt. – Der Hinweis, dass der Leiter der Gedenkstätte in der eigenen Zuständigkeit eine bessere Bezahlung vornehmen könnte, treffe zu. Allerdings sei es verständlich, dass dieser angesichts des großen Besucheransturms freie Mittel – auch mit Unterstützung seitens der Kulturverwaltung – für weitere Führungen verausgabt habe.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des Antrags Drucksache 17/0010 zu empfehlen.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Friedrich der Große – das „Friedrichjahr 2012“**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU)

[0011](#)  
Kult

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**775 Jahre Berliner Stadtjubiläum**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU)

[0012](#)  
Kult

**Moritz van Dülmen** (Geschäftsführer der Kulturprojekte Berlin GmbH) erklärt, im Folgenden werde er anhand einer Powerpoint-Präsentation die Planungen für das Berliner Stadtjubiläum vorstellen, die sich auch an dem orientiere, was man im Dezember 2011 der Presse vorgestellt habe. Bisher habe Berlin zwei Mal sein Stadtjubiläum gefeiert, und damit werde sich eine eigene Ausstellung befassen: 1987 seien die Feierlichkeiten in Ost- und Westberlin ideologisch entsprechend aufgeladen gewesen, und das erste Jubiläum sei 1937 während der NS-Zeit gefeiert worden. Nun widme man sich erneut diesem Datum des städtischen Selbstbewusstseins, wobei die Kulturprojekte Berlin GmbH die Ansätze vieler Akteure in Berlin aufnehme und im Herbst 2012 einen entsprechenden Veranstaltungsrahmen biete.

Das diesjährige Stadtjubiläum gehe der historischen Verankerung und dem Selbstverständnis der Stadt nach – auch im Sinne des Stadtmarketing – und stelle die Entstehung Berlins und das mittelalterliche Berlin in den Mittelpunkt.

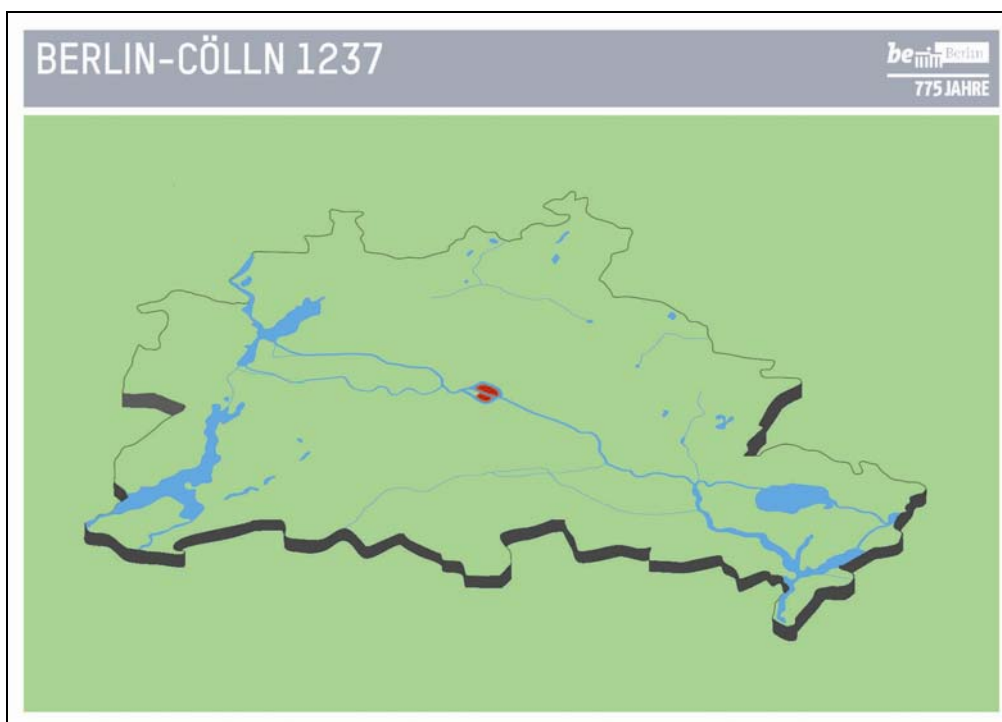


In dieser noch erhaltenen Urkunde aus dem Jahr 1237 sei Berlin bzw. Cölln erstmals erwähnt, wobei Berlin noch älter sei. Zudem betrachte man die Entwicklungsgeschichte Berlins im

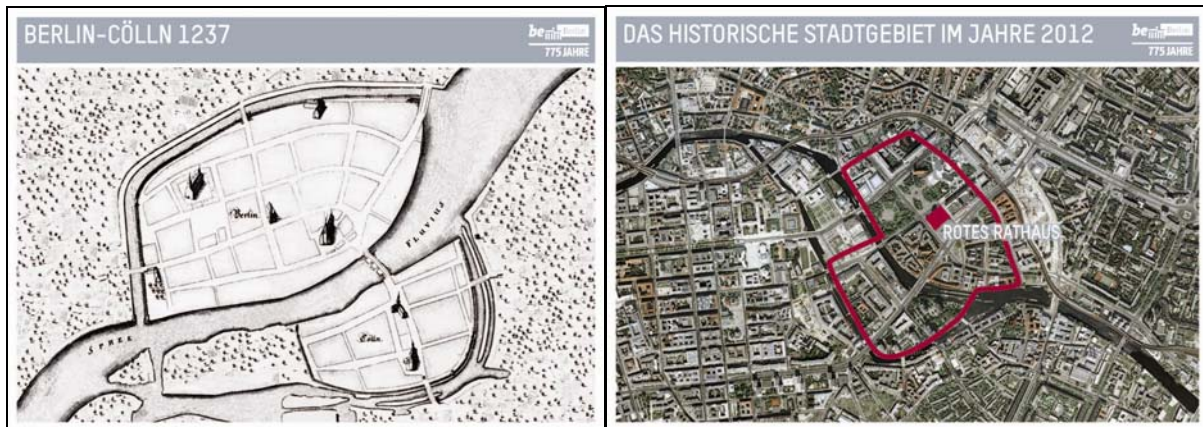
Sinne einer Zuzugs- bzw. Migrationsgeschichte –, und zwar unter dem Stichwort: „Stadt als Vielfalt“.



Die folgenden Darstellungen zeigen die Doppelsiedlung Berlin-Cölln, die den historischen Kern des heutigen Berlin ausmache. In diesem Gebiet rund um das Rote Rathaus, den Mühlendamm, die Nikolaikirche und die Marienkirche seien zahlreiche, aber nicht jedem bekannte und leicht auffindbare Zeugnisse aus dem Mittelalter vorhanden, denen man sich nun schwerpunktmäßig widmen wolle.







Besonders eindrucksvoll sei die Ausgrabungsstelle an der Petrikerche, wo seinerzeit das Zentrum Cöllns gelegen habe. In der Breiten Straße würden Bürgerhäuser ausgegraben. Diese Ausgrabungen könnten auch in diesem Jahr noch erlebt und besichtigt werden. Man wolle sie wie die Ausgrabungsstelle am Großen Jüdenhof besonders inszenieren. Diese Orte würden im Herbst einem breiteren Publikum vorgestellt; die Aufenthaltsqualität und Atmosphäre würden temporär durch kleine Ausstellungen und Projekte aufgewertet.

Obwohl man wohl vermuten würde, das folgende Foto zeige eine Ausgrabung in Syrien, dem Irak oder Ägypten, sei darauf die bereits angeführte Ausgrabungsstelle an der Petrikerche zu sehen.

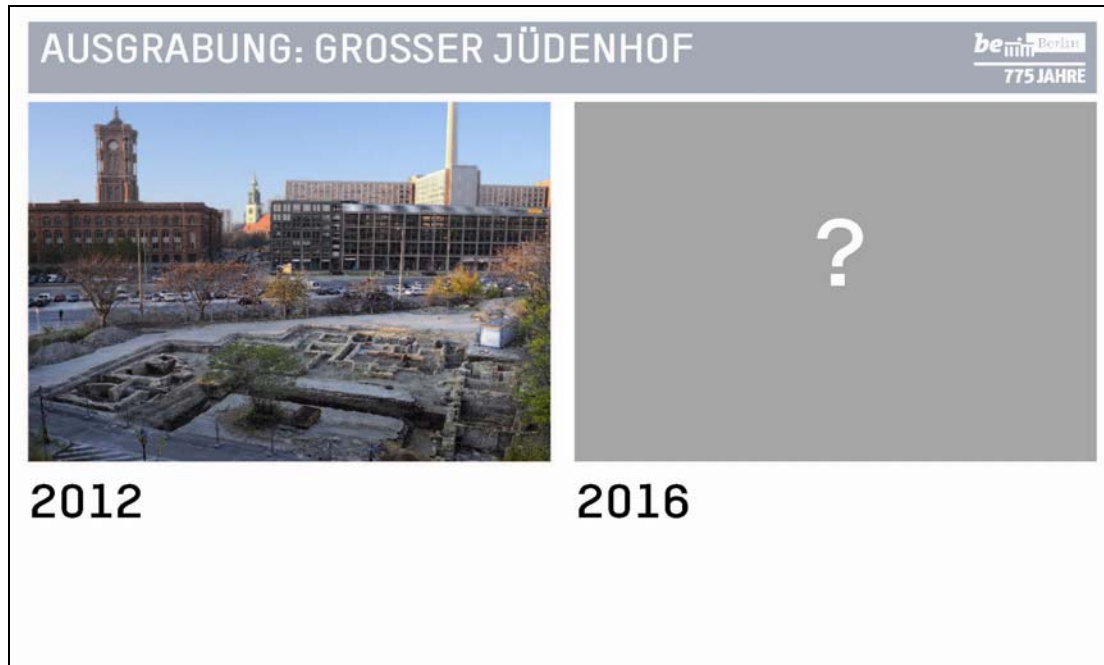


Berlin habe archäologisch viel zu bieten; egal, wo man auf dem Gebiet des mittelalterlichen Berlin den Boden öffnet, finde man darunter historische Reste. Andererseits zeige z. B. die Gegenüberstellung zu der Ausgrabung am Dominikanerkloster, wie schnell das normale Leben der Stadt dann wieder darüber hinweggehe.





Ebenso könne man gegenwärtig am Ausgrabungsort Großer Jüdenhof in das Mittelalter zurückschauen, sich aber auch fragen, was z. B. in vier Jahren dort sein werde. Dieser Ort werde später wieder zugebaut, und mit SenStadt könne man einen Blick in die Zukunft werfen.

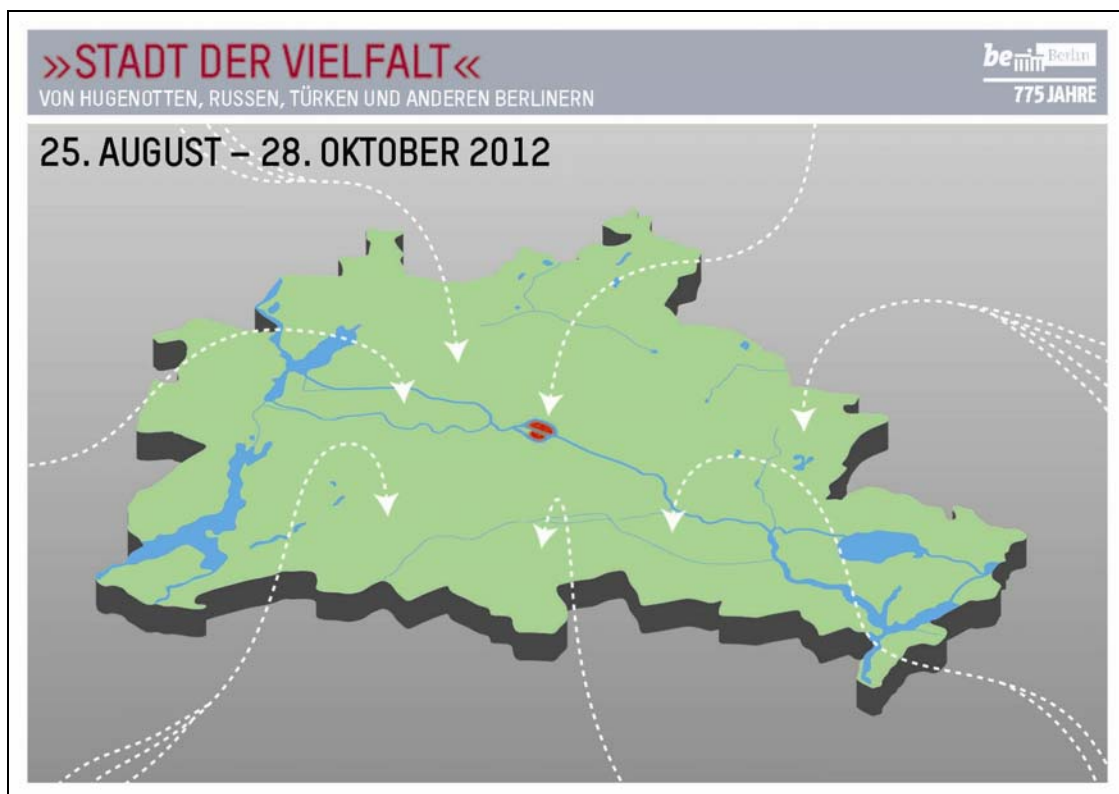


Man habe sich auf acht wesentliche Orte verständigt, wobei die dortigen Einzelausstellungen zu einem großen Open-air-Projekt unter dem Titel „Den Askaniern auf der Spur“ zusammengeführt würden.



Dieses Open-air-Projekt werde am 25. 8. 2012 – dem Wochenende der Langen Nacht der Museen und der Historiale – eröffnet und dauere bis zum 28. 10. 2012, dem eigentlichen „Geburtstag“ der Stadt Berlin. Die einzelnen Orte würden begehbar gemacht und durch ein innerstädtisches Wegeleitsystem miteinander verbunden. Auch der ursprüngliche Stadtrand werde markiert. Ergänzend fänden zahlreiche Veranstaltungen, Führungen, Exkursionen, Projektstage etc. statt.

Parallel dazu werde der zweite Themenstrang – „Stadt der Vielfalt“ – präsentiert. Dabei gehe es um die Frage, wie aus dieser Stadt mit ihren anfänglich 2 000 Siedlern die jetzige Metropole und Global City mit 3,5 Millionen Einwohnern geworden sei. Im Mittelpunkt stehe dabei die wechselvolle Geschichte von Migration und kulturellem Austausch, die Berlin in einer besonderen Weise geprägt habe. Wachstum und Dynamik dieser Stadt beruhten auf der seit Jahrhunderten stattfindenden Zuwanderung. Hierzu solle ebenfalls eine große Ausstellung im Rahmen eines Open-air-Projekts stattfinden – im gleichen Zeitraum 25. 8. bis 28. 10. 2012 –, die man derzeit gemeinsam mit dem Netzwerk Migration vorbereite.



Man habe zeitlich den Schwerpunkt auf den Herbst gelegt, um z. B. nicht in Konkurrenz zu anderen Themen wie beispielsweise dem 300. Geburtstag Friedrichs des Großen zu treten. Einige Veranstaltungen zum Stadtjubiläum starteten aber auch schon im Frühjahr. So bereite beispielsweise die Stiftung Stadtmuseum im Ephraim-Palais eine Ausstellung unter dem Titel „Berlinmacher“ vor, in der vom 18. 4. bis zum 28. 10. 2012 insgesamt 750 Portraits von Berlinerinnen und Berlinern gezeigt würden.

Der „Geburtstag“ Berlins am 28. 10. 2012 sei dann Höhepunkt und Abschluss der verschiedenen Aktivitäten. An diesem Tag finde ein Festakt in der Nikolaikirche statt, und man werde die mittelalterlichen Ausgangspunkte Berlins inszenieren und künstlerisch illuminieren.



**VERANSTALTUNGEN – 775 JAHRE BERLIN**  
AUSWAHL / STAND DEZEMBER 2011

<b>BERLINMACHER</b> Ausstellung im Ephraim-Palais 18.4. bis 28.10.2012	<b>STADT DER VIELFALT</b> Open-Air-Ausstellung 25.8.2012 bis 28.10.2012
<b>BERLIN INSZENIERT BERLIN</b> [Arbeitstitel] Die Jubiläumsfeiern von 1937 und 1987 Open-Air-Ausstellung	<b>TAG DES OFFENEN DENKMALS</b> 8./9.9.2012
<b>HISTORIALE</b> 24. bis 26.8.2012	<b>TAG DER EINHEIT</b> 3.10.2012
<b>LANGE NACHT DER MUSEEN</b> 25.8.2012	<b>5. EUROPÄISCHER MONAT DER FOTOGRAFIE</b> Berlinbilder und der andere Blick auf Berlin in über 100 Galerien und Museen 19.10. bis 25.11.2012
<b>STADT IM MITTELALTER</b> 8 Orte – 8 Geschichten – 8 Ausstellungen im historischen Stadtraum 25.8.2012 bis 28.10.2012	<b>JUBILÄUM 775 JAHRE BERLIN</b> Festakt in der Nikolaikirche Inszenierung des mittelalterlichen Stadtgebiets 28.10.2012

Mehr unter [www.berlin.de/775](http://www.berlin.de/775)

Gegenwärtig sei man dabei, diese verschiedensten Projekte zu bündeln. Das gesamte Programm solle bis Ostern vorliegen; dann würden über das Stadtportal „berlin.de“ alle Veranstaltungen vorgestellt. Er lege heute ein Papier mit ausführlichen Informationen zum jetzigen Stand aus, das die Abgeordneten gern mitnehmen könnten.

**Stefan Schlede** (CDU) merkt an, der Begriff „ideologische Aufladung“ der 750-Jahrfeier treffe wohl nur auf die Feierlichkeiten im Ostteil zu – unter dem Gesichtspunkt „Hauptstadt der DDR“ und „selbstständige politische Einheit Westberlin“. Vom Westen sei seinerzeit das Schiller-Denkmal wieder an den ursprünglichen Ort auf dem Gendarmenmarkt zurückgebracht worden; das gelte auch für die Schinkel-Figuren auf der Schlossbrücke.

Eine 775-Jahrfeier sei eher ungewöhnlich, aber vielleicht doch sehr sinnvoll. Die archäologischen Grabungen hätten bedeutende Zeugnisse der Vergangenheit zutage gefördert, und insofern wäre es erfreulich, wenn man anlässlich dieses Jubiläums den größeren Teil der Ausgrabungen für die Nachwelt zur Besichtigung – als archäologisches Fenster mit erheblicher touristischer Anziehungskraft – erhalten könnte.

**Wolfgang Brauer** (LINKE) verweist darauf, dass der damalige Regierende Bürgermeister Diepgen ein gutes Vorwort zum Jahresprogramm der 750-Jahrfeier geschrieben habe, das allerdings keineswegs ideologiefren gewesen sei. Insofern freue er sich auf die Ausstellung, in der die Berlin-Jubiläen analysiert würden. – Für die Figuren auf der Schlossbrücke habe übrigens die Königliche Porzellanmanufaktur ihr Archiv zurückerhalten; es habe sich also um ein Tauschgeschäft gehandelt.

Die Gegenüberstellung der beiden Photos zum Dominikanerkloster – aus dem Jahr 2008 und 2012 – sei sehr aufschlussreich. Es wäre erfreulich, wenn der Senat anlässlich dieses Jubiläums der Stadt „Cölln“ z. B. die Entscheidung von SenStadt zum Umgang mit dem historischen Rathaus Berlins revidieren würde. Wünschenswert wäre auch, dass in Berlin ein Lehrstuhl zur Berlingeschichte eingerichtet und das auf Eis liegende Projekt zur Qualifizierung der Stiftung Stadtmuseum/Marinehaus im Jahr 2012 wieder aufgenommen würde. Leider könne man gegenwärtig in Berlin nicht die Stadtgeschichte in ihrem großen Bogen präsentieren.

**Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (CDU) erklärt, dass die 750-Jahrfeier auf Westberliner Seite etwas übertrieben auf das Event gesetzt habe und mit Ausnahme des Carillon vor der Kongresshalle kaum etwas übriggeblieben sei. Seinerzeit habe man sich auch darüber gefreut, dass die DDR das Denkmal des „Alten Fritz“ wieder Unter den Linden aufgestellt und das Kronprinzenpalais wiederaufgebaut habe. Beide Seiten hätten unter der Decke der groben Ideologie bereits Annäherungsversuche unternommen und dem Gemeinsamen Rechnung getragen.

**Vorsitzender Frank Jahnke** begrüßt ebenfalls, dass eine Ausstellung zu den Jubiläumsfeiern von 1937 und 1987 – „Berlin inszeniert Berlin“ – gezeigt werde. Vor welchem Hintergrund würden diese Jubiläen betrachtet? Wer könne hier gewissermaßen als Schiedsrichter über die ideologischen Verbiegungen urteilen? Wer sei für diese Ausstellung zuständig?

**Moritz van Dülmen** (Geschäftsführer der Kulturprojekte Berlin GmbH) teilt mit, diese Ausstellung werde von Dr. Krijn Thijs kuratiert, der Professor am Deutschland Institut in Amsterdam sei und vor vielen Jahren in Berlin studiert und über dieses Thema promoviert habe.

Die Ausstellung werde man gemeinsam mit den Archiven und anderen Einrichtungen erarbeiten, und es würden sicherlich viele interessante Aspekte berücksichtigt. Sie werde ebenfalls am 25. 8. 2012 eröffnet.

**Brigitte Lange** (SPD) erklärt, besonders erfreulich sei die vorgesehene Ausstellung „Stadt der Vielfalt“, denn bisher sei noch nicht ausreichend aufgearbeitet, wie die Zuwanderung erfolgt sei und welche Erfolge sie gebracht habe. Sei bereits Näheres zum Konzept dieser Ausstellung bekannt?

**Moritz van Dülmen** (Geschäftsführer der Kulturprojekte Berlin GmbH) teilt mit, dass man derzeit gemeinsam mit vielen Partnern dieses Konzept erarbeite, wobei die Federführung beim Netzwerk Migration liege. Die Aufgabenstellung sei klar, aber das konkrete Konzept bzw. die Planung im Einzelnen werde man erst in ca. zwei Monaten vorstellen können.

**Vorsitzender Frank Jahnke** stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt sei.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0010](#)  
**Auslaufen des öffentlich geförderten** Kult  
**Beschäftigungssektors – Auswirkungen auf die**  
**Kulturprojekte und Kompensationsmöglichkeiten**  
**durch das Programm „Bürgerarbeit“.**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

**Sabine Bangert** (GRÜNE) erklärt, seit Jahren würden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin dazu benutzt, um in chronisch unterfinanzierten Bereichen Angebote vorzuhalten und Kürzungen zu verschleiern. Sicherlich sei es richtig, bestimmte Kürzungen zu kompensieren, aber die arbeitsmarktpolitische Förderung sei befristet und in der Regel nicht geeignet, in diesen chronisch unterfinanzierten Bereichen Stellen zu schaffen, die nach Auslaufen der Förderung eigenständig finanziert werden könnten.

Die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente sei mit einem ersten Teil am 1. 1. 2012 in Kraft getreten, und der zweite, entscheidende Teil werde am 1. 4. 2012 in Kraft treten. Bereits seit 1. 1. 2012 ständen deutlich weniger arbeitsmarktpolitische Mittel zur Verfügung, und es werde keine oder nur in geringem Maß beschäftigungsschaffende Instrumente geben. Vor allem in der freien Szene, bei Theater- und Kulturprojekten, die zu einem großen Teil in der kulturellen Bildung tätig seien, brächen Angebote weg, und dort Beschäftigte würden erwerbslos, weil keine Beschäftigungsalternative vorhanden sei.

Wie sei die Kulturverwaltung auf diese Situation vorbereitet? Mit welchen Mitteln und Programmen werde die Kulturverwaltung versuchen, einen Kahlschlag zu verhindern und die Kürzungen im arbeitsmarktpolitischen Bereich aufzufangen?

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) betont, dass die Kulturpolitik grundsätzlich nicht in der Lage sei, derartige arbeitsmarktpolitische Probleme zu lösen. Die Kulturverwaltung habe die Einwerbung von 300 Stellen im Kulturbereich für drei Jahre – einem Gegen-

wert von 20 Mio. Euro – selbstverständlich als Erfolg angesehen. Diese hätten kleineren Projekten im Bereich Kulturmanagement und Veranstaltungstechnik erheblich geholfen. Dabei sei eine vergleichsweise hohe Vermittlungsquote – 27,3 Prozent – erreicht worden; von den auf diesen 300 Stellen Beschäftigten hätten 64 einen sozialversicherungsberechtigten Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden, 14 hätten sich selbstständig gemacht, 2 hätten eine Ausbildung begonnen und 2 seien in Rente gegangen.

Das Wegbrechen der betreffenden Angebote im Kulturbereich sei zu bedauern. Die Kulturverwaltung habe sich Ende des Jahres 2011 erfolgreich bemüht, noch 100 weitere Kulturjobs zu den alten Bedingungen zu sichern. Die Ausschreibung sei bereits erfolgt, der Beirat werde wieder in der Vermittlung tätig werden, und die Zuweisung der ersten Bewerber habe bereits am 12. 12. 11 begonnen – für weitere drei Jahre.

Der Kulturverwaltung sei nicht bekannt, wie die „Bürgerarbeit“ in der Zukunft im Einzelnen gestaltet werde – mit weniger Geld und einem anderen Verfahren. Während man beim alten Verfahren mit „Förderband“ als zentralem Träger, der ein stadtweites Vergabeverfahren organisiert habe, zusammengearbeitet habe, laufe das Verfahren künftig dezentral über die Jobcenter. Er habe bereits gehört, dass wohl nicht alle Jobcenter Bürgerarbeit für Kulturprojekte einrichten wollten.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) fragt, über welches arbeitsmarktpolitische Instrument die angeführten 100 Stellen finanziert würden.

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) erklärt, das geschehe über die Bürgerarbeit, aber noch zu den alten Konditionen – also mit einer Bezahlung zwischen 1 300 und 1 500 Euro, während nach den neuen Konditionen maximal 900 Euro vorgesehen seien.

**Wolfgang Brauer** (LINKE) stellt fest, die Kulturverwaltung sei hinsichtlich der angeführten 100 Stellen zu beglückwünschen. Dieses Projekt sei hinsichtlich der Vermittlungsquote, der Bezahlung und der Transparenz im Vergabeverfahren äußerst erfolgreich. Der ÖBS insbesondere im Kulturbereich sei eine Erfolgsgeschichte, und das hänge auch mit der Arbeit der Kulturverwaltung zusammen. – Die Grünen-Fraktion beglückwünsche er zu dem vollzogenen Paradigmenwechsel.

**Renate Harant** (SPD) hebt hervor, dass viele kleinere Kulturträger von diesen ÖBS-Möglichkeiten profitiert hätten, wobei teilweise deren Existenz davon abhängig sei. Was bedeute es, wenn diese Förderung im Februar 2012 auslaufe? Laufe sie von da an in den nächsten drei Jahren sukzessive aus? Wann erhielten diese kleineren Kulturträger Informationen über den Zugang zur neuen Bürgerarbeit? Könnten sie sich so bewerben, dass keine Lücke entstehe?

**Sabine Bangert** (GRÜNE) erklärt, die Linke habe über ein halbes Jahr die Umsetzung des Programms „Bürgerarbeit“ in Berlin blockiert. Insofern seien die Glückwünsche des Abgeordneten Brauer an die Kulturverwaltung bemerkenswert. – 100 Stellen seien angesichts der Nachfrage zunächst einmal ein „Tropfen auf den heißen Stein“. In Berlin würden 2 150 Stellen im Rahmen der Bürgerarbeit umgesetzt, und auch in dieser Hinsicht seien 100 Stellen für den Kulturbereich nicht besonders viel. Wie würden die angeschobenen Projekte fortgeführt? – Sie bitte die Kulturverwaltung, dem Ausschuss eine Übersicht darüber vorzulegen, in



welchen Projekten oder Institutionen die noch nach dem alten Programm realisierbaren 100 Stellen eingesetzt würden.

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) sagt dies zu.

**Stefan Schlede** (CDU) fragt, ob es sich negativ auswirke, dass aufgrund der vorläufigen Haushaltswirtschaft erst ab Juni oder Juli 2012 Mittel verausgabt werden könnten. Was bedeute es für einzelne Einrichtungen, wenn Ende Februar die alte Finanzierung auslaufe?

**Dr. Gabriele Hiller** (LINKE) verweist auf zwei Projekte, die nun auf der Kippe ständen: Ballhaus Naunynstraße und RambaZamba. Was werde die Kulturverwaltung konkret unternehmen, um diesen Projekten zu helfen?

**Staatssekretär André Schmitz** (SKzl - Kult) erklärt, man setze sich für den Erhalt von Ballhaus Naunynstraße und RambaZamba ein. Er befinde sich mit beiden Einrichtungen im Gespräch, und in dem einen Fall sei er bereits sehr optimistisch, während er in dem anderen noch parlamentarische Hilfe im Rahmen der Haushaltsberatungen benötige.

Nach seinen Informationen wirke sich die vorläufige Haushaltswirtschaft nicht negativ aus; die bewilligten Mittel würden auch weitergereicht. – Die angeführten 100 Stellen seien mit Ausnahme einiger Verfahrensfragen zu den alten Bedingungen ausgestattet. Zusätzlich würden Stellen nach dem neuen Instrumentarium der Bürgerarbeit von den jeweiligen Jobcentern zugewiesen. Von dort seien auch die betreffenden Informationen einzuholen. Die Kulturinitiative „Förderband“, die bislang für die Kulturverwaltung als Arbeitgeber und als Vermittlungsagentur aufgetreten sei, könne derartige Aufgabe in dem neuen Verfahren nicht mehr übernehmen. Er bedanke sich an dieser Stelle ausdrücklich bei Herrn Nadolny von Förderband e. V. für die exzellente Arbeit.

**Vorsitzender Frank Jahnke** erklärt den Tagesordnungspunkt für erledigt.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**„Ein Musikboard ohne Inhalt – Betreute  
Kulturförderung durch die Senatskanzlei“**  
(auf Antrag der Piratenfraktion)

[0013](#)  
Kult

**Christopher Lauer** (PIRATEN) erklärt, das Musikboard werde im rot-schwarzen Koalitionsvertrag erwähnt, aber es fehle eine inhaltliche Erläuterung. Das Land Berlin biete eine Reihe von Musikförderungen an – für Jazz, populäre Musik, Weltmusik, Chöre und ernste Musik –, und es stelle sich die Frage, ob diese einzelnen Förderungen mit dem Musikboard wegfielen. Gehe es nur um Fördermittel oder auch um Räumlichkeiten, wie die Forderung nach einer neuen Liegenschaftspolitik vermuten lasse? Wer entscheide über die Verteilung? Welche Förderstruktur sei vorgesehen? – Der Begriff „Musikboard“ erinnere an das Medienboard Berlin-Brandenburg. Sei auch an eine vergleichbare Förderung gedacht?

**Staatssekretär Björn Böhning** (CdS) verweist auf die Richtlinien des Regierenden Bürgermeisters, wonach ein Konzept für die Einrichtung eines Musikboards erarbeitet werden solle.

Insofern könnten viele der Fragen des Abgeordneten Lauer noch nicht ausreichend beantwortet werden. Der Senat wolle einen transparenten und mit allen Akteuren in diesem Bereich abgestimmten Prozess auf den Weg bringen. Im Zuge dieser Konzepterstellung seien auch die Bereiche der Musik zu bestimmen. Die vom Abgeordneten Lauer angesprochenen Bereiche, die bereits die hervorragende Betreuung seitens der Kulturverwaltung in Anspruch nähmen, seien hierbei nicht betroffen. Zudem sei die Frage der Struktur und die Art und Weise, wie ein solches Musikboard aufzubauen sei, zu diskutieren.

Dabei werde man sicherlich auch die Struktur des Medienboards berücksichtigen. Allerdings müsse man auf die unterschiedlichen Größenordnungen achten, denn das Medienboard erhalte derzeit allein 10,5 Mio. jährlich seitens des Landes Berlin. Vor allem gehe es darum, vonseiten der Politik die von den Akteuren im Rahmen ihres Konzepts Musik 2020/Musikboard vorgebrachten Ideen aufzugreifen. Dabei seien folgende Bedarfe zu nennen: 1. stärkere Nachwuchsförderung im Bereich der Populärmusik, 2. Stärkung des Musikstandorts und Musikwirtschaftsstandorts Berlin und 3. Stärkung auch der internationalen Werbung für den Musikstandort Berlin. – Bereits heute werde z. B. über Visit Berlin, Berlin-Partner und die Kampagne „Stadt des Wandels“ der Musikstandort Berlin beworben, und auch seitens der Wirtschaftsverwaltung erfolge eine Förderung des Musikwirtschaftsstandorts. Insofern gehe es jetzt auch darum, Synergieeffekte zu erzielen.

An dem Begriff „betreute Musikförderung“ störe er sich ein wenig. Es sei Aufgabe des Senats, nicht nur zu betreuen, sondern auch zu fördern, und insofern sei dies kein negativer, sondern ein positiver Begriff.

**Katrin Schmidberger** (GRÜNE) erklärt, dass der Senat erfreulicherweise das Konzept eines Musikboards aufgegriffen habe, aber in der Folge sei offenbar nicht mehr mit den Akteuren gesprochen worden. Insofern bitte sie darum, diese wieder einzubinden.

Im Haushalt 2011 seien 165 400 Euro für das Kooperationsnetzwerk der Musikbranche Berlin bewilligt worden, und der Fördergesamtetat bis 2016 liege bei 985 000 Euro. Seien damit bereits die Gelder für das Musikboard veranschlagt? Welche konzeptionellen Grundlagen für diesen Förderbetrag seien vorhanden? – Sollte hierbei das Musikboard gemeint sein, stelle sich die Frage, warum nicht auch andere Musikbereiche eingebunden worden seien. In welchem Umfang und für welchen Zweck seien die angeführten Summen bislang verausgabt worden?

Es solle ein genre- und ressortübergreifendes Konzept für Berlin insgesamt erarbeitet werden. Gerade auch die Akteure in der Subkultur und andere Musikrichtungen wie Jazz oder die Initiative Neue Musik müssten dabei einbezogen werden.

**Michael Braun** (CDU) betont, die Koalition habe sich erfreulicherweise über die Einrichtung eines Musikboards verständigt und damit weit über Berlin hinaus große Zustimmung erfahren und entsprechende Erwartungen geweckt. – Mit dem Musikboard gewinne man einen weiteren konkreten Ansprechpartner; aber auch bisher schon habe z. B. zu Herrn Kretschmann von der Clubcommission oder anderen ein enger Kontakt bestanden.

Man wolle die unterschiedlichen Musikrends in der Szene – mit dem Begriff „Subkultur“ könne er wenig anfangen – auch in ihrer Organisation unterstützen. Dabei denke er beispiels-

weise an das „ORWOhaus“ und andere Einrichtungen, die bisher mal hier und mal da unterstützt worden seien, aber keinen konkreten Ansprechpartner in der Politik hätten. Bisher sei es insofern auch nicht gelungen, dass die Stadt Berlin damit international hätte werben können. Viele Jugendliche kämen wegen dieser Szene nach Berlin, aber an einer Zusammenfassung, einer Nachwuchsförderung etc. fehle es.

Gegenwärtig komme es offenbar zu einem Clubsterben in Berlin, da sich die Umstände im näheren Umfeld der Clubs geändert hätten – z. B. Beschwerden der Nachbarn wegen der Lautstärke, neue Wohneinheiten etc. Auch in dieser Hinsicht benötige man jemand, der die entsprechenden Interesse wahrnehme und umsetze und gelegentlich auch als Frühwarnsystem fungiere. – Auch die Querverbindungen der Club- und jungen Musikszene zum Filmboard seien zu berücksichtigen. Er verweise auf das Beispiel Postproductions mit der riesigen Szene vom alten AEG-Gelände am Hohenzollerndamm bis hin zu vielen anderen Orten in Berlin.

Der Senat werde das Konzept gemeinsam mit den Beteiligten erarbeiten, und er fordere die anderen Fraktionen auf, sich ebenfalls an dieser Erarbeitung zu beteiligen.

**Dr. Gabriele Hiller** (LINKE) erklärt, der Ansatz, die Musikszene zu bündeln, zu konzentrieren und zu unterstützen, um den Musikstandort Berlin zu stärken, sei zu begrüßen. Allerdings habe sie ein wenig die Sorge, dass hierbei wieder eine Verwaltung im weiten Sinne aufgebaut werde und die Mittel nicht den eigentlichen Trägern der Musikszene zugute kämen. – Sei bereits bekannt, in welcher Größenordnung sich diese Förderung bewege? Wie würden die Betroffenen einbezogen? – Es sollte ein Beirat mit den Akteuren gebildet werden, und die Kulturverwaltung sollte bekanntmachen, wer dazu gehöre. Der Szene sollten auch Ängste genommen werden, dass die bisherige Förderungen abgebaut würden.

Sie erinnere daran, dass das „ORWOhaus“ damals vom Kultursenator zumindest in der Lotto-Stiftung nicht unterstützt worden sei, sich dann aber doch etabliert habe, gut arbeite und ein Beispiel für eine gelungene Anschubfinanzierung sei. Was unternehme der Senat und konkret SenStadt, um dem Clubsterben zu begegnen? – Es dürfe auch nicht dazu kommen, dass man durch die Hintertür bereits bestehende, große Labels fördere, sondern das Musikboard solle denen Möglichkeiten bieten, die bisher keine Förderung erhielten.

Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe mit den sieben bzw. sechs Radiosendern in diesem Zusammenhang eine Aufgabe. Früher habe Radio Multikulti eine Plattform für die junge Musikszene geboten, die aber ersatzlos weggebrochen sei. Insofern sei eine Zusammenarbeit erforderlich, um jungen Leuten in diesen Medien einen Raum zu bieten, wo sie sich darstellen könnten.

**Christopher Lauer** (PIRATEN) fragt, wie die bereits mehrfach angesprochenen Akteure ausgewählt würden. Wer sei gegebenenfalls bereits ausgewählt worden? Inwiefern bestehe für Interessierte, die bisher außen vor geblieben seien, die Möglichkeit, sich ebenfalls an der Ausarbeitung des Konzepts für das Musikboard zu beteiligen? Wann werde das Konzept vorliegen? Würden auch die Clubs einbezogen? – Zu der Frage, was mit den bisherigen Förderpöpfen geschehen solle, bitte er um konkretere Angaben. – Er beantrage, den Tagesordnungspunkt heute noch nicht für erledigt zu erklären.

**Brigitte Lange** (SPD) betont, dass man in dieser Diskussion zwischen wirtschaftlichen und künstlerischen Bereichen trennen müsse. So sei die Clubszene in hohem Maße wirtschaftlich ausgerichtet und insofern nicht mit künstlerischen Initiativen wie der Initiative Neue Musik oder der Jazzinitiative zu vergleichen. Die jeweiligen Fördertöpfe könnten besser ausgestattet werden, aber sie sollten getrennt bleiben.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) schließt sich der Vorrednerin an. Wenn es bei dem Musikboard um ein wirtschaftliches Projekt gehe, das lediglich die Clubszene umfasse, stelle sich die Frage, warum es bei der Senatskanzlei angesiedelt werde und eine Gleichwertigkeit mit dem Medienboard suggerieren solle.

**Michael Braun** (CDU) verweist auf die Gefahr, dass dieses Projekt zerredet werde. Selbstverständlich bestehe auch ein Zusammenhang zwischen künstlerischer Gestaltung und finanziellen Möglichkeiten. Über das Medienboard geförderte Filme hätten z. B. eine bessere Qualität bieten können. Insofern werde auch im Bereich des Musikboards keine starke Trennung zwischen Kultur und Wirtschaft möglich sein. Positiv hervorzuheben sei, dass der Senat sich damit im Wesentlichen um die Jugendkultur kümmere, die bisher aus verschiedenen Gründen nicht so beachtet worden sei. Diese Szene sei international zum Teil sehr anerkannt. – Wenn der Abgeordnete Lauer bereits Personen kenne, die Gutes zum Musikboard beitragen könnten, solle er sie benennen; man werde diese dann sicherlich befragen.

**Staatssekretär Björn Böhning** (CdS) erklärt, der Musikstandort Berlin sei von herausragender Bedeutung und mit dem Musikboard trage man dem Rechnung. Aus ähnlichen Gründen sei es zur Gründung des Medienboard Berlin-Brandenburg gekommen. Die Region habe als Produktions- und Filmstandort internationale Bedeutung, und deshalb habe man sich auch für eine Förderung über die Senatskanzlei entschieden. Das Medienboard habe nicht nur zu qualitativ guten Filmen, sondern auch zur Entwicklung des Produktions- und Filmstandorts Berlin beigetragen.

Bei diesem Thema müsse man sich in enger Abstimmung zwischen Wirtschafts- und Kulturverwaltung bewegen, da es sich um einen Querschnittbereich handle. Darüber werde man in den nächsten Wochen auch verwaltungsintern sprechen. Die Richtlinien des Regierenden Bürgermeisters seien am 12. 1. 12 beschlossen worden, und insofern müsse er auch um ein wenig Geduld in Bezug auf die Umsetzung bitten. Man befinde sich auch mit Akteuren außerhalb des Parlaments und der Verwaltung in enger Abstimmung; so habe er in der letzten Woche mehrere Gespräche auch mit denjenigen geführt, die den Prozess Musik 2020 angeschoben hätten.

Die Sorge der Abgeordneten Dr. Hiller hinsichtlich einer unverhältnismäßig großen Overhead-Finanzierung teile er. Darauf werde man entsprechend achten. – Er könne an dieser Stelle noch nicht sagen, wie viele Mittel in diesem Musikboard zur Verfügung ständen. Ohnehin werde SenFin erst nach Vorlage eines Konzepts bestimmten Kosten zustimmen. Hierüber werde auch in den Haushaltsberatungen zu sprechen sein.

Hinsichtlich der Finanzierung von Berlin Music Commission und Clubcommission könne er nichts Näheres mitteilen, weil dieser Haushalt in ein anderes Ressort falle. Sie würden vor allem aus dem Projekt Zukunft finanziert, wobei diese Förderung seines Wissens auch länger-

fristig laufen könne. Er sehe keine Notwendigkeit, in diese Mittel einzugreifen; die Überführung solcher Mittel sei insofern nicht beabsichtigt.

In der Vergangenheit hätten Clubs und Musikveranstaltungen – z. B. Berlin Music Week – immer wieder die Senatskanzlei als Ansprechpartner für die Koordinierung der verschiedenen Anträge genutzt. Diese seien teilweise nicht nur von berlinweiter Bedeutung, und insofern sei es auch Aufgabe der Senatskanzlei, diese Koordinierung zu leisten. Wenn man dies noch stärken könne, sei dies eine gute Entwicklung und der richtige Weg.

Den Hinweis der Abgeordneten Dr. Hiller auf die Möglichkeiten der Radiosender nehme er auf; auch er sehe dort Potenziale. – Das Konzept solle im Laufe des Jahres 2012 erstellt und zum Abschluss gebracht werden, sodass man im Jahr 2013 mit dem Projekt Musikboard beginnen könne. Wie bereits gesagt, blieben die bisherigen Fördertöpfe davon unberührt. Zur Einbindung der Akteure könne er noch nichts Näheres mitteilen. Allerdings verliefen die bisherigen Aktivitäten z. B. im Bereich Jazz erfolgreich und würden von den Betroffenen als sehr positiv wahrgenommen.

**Vorsitzender Frank Jahnke** weist darauf hin, dass üblicherweise eine Besprechung am Ende für erledigt erklärt werde, denn alle Fraktionen könnten ohne Weiteres eine erneute Besprechung zu dem betreffenden Thema einbringen.

**Christopher Lauer** (PIRATEN) erklärt, er halte seinen Antrag aufrecht, den Tagesordnungspunkt heute nicht für erledigt zu erklären.

Der **Ausschuss** beschließt, die Besprechung für abgeschlossen zu erklären.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.

. . . . .